

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 16.09.2019
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Friedhofsentwicklungsplanung Burgdorfer Friedhöfe - Vorstellung der Ergebnisse
Vorlage: M 2019 0982
4. Passantenbefragung - Bericht der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH
5. Anfragen gemäß Geschäftsordnung - vorgezogen -
- 5.1. Anfrage zur Passantenumfrage Marktstraße - Anfrage der CDU-FDP-Gruppe vom 19.09.2019
Vorlage: F 2019 1056
- 5.2. Anfrage der CDU/FDP-Gruppe - LKW-Fahrten durch die Ortschaften Sorgensen und Dachtmissen zur Kalihalde Wathlingen
Vorlage: F 2019 1070
6. Ein- und Auspendler in Burgdorf - Bericht der Fachabteilung
7. S-Bahnlinie 6: Prüfauftrag zur Einrichtung eines zusätzlichen Fahrtenpaares
Antrag gemäß Geschäftsordnung der Ortsbürgermeisterinnen Otze und Ramlingen-Ehlershausen vom 03.09.2019
Vorlage: A 2019 1047
8. Antrag der "Freie Demokraten" Ortsverband FDP Burgdorf-Uetze zur Beauftragung einer Firma für die Erstellung eines Straßenkataster für Burgdorf einschließlich Ortsteile
Vorlage: A 2019 1015
9. Umstellung der Energieversorgung der Geschwindigkeitsanzeigesysteme in Schillerslage auf Solarenergie, Anfrage des Ortsrates Schillerslage vom 18.08.2019
Vorlage: A 2019 1016
10. Einführung des BU Kennzeichens
Antrag gemäß Geschäftsordnung der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 04.09.2019 - Antrag zurückgezogen -
Vorlage: A 2019 1050
11. Antrag der CDU/FDP Gruppe auf Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Salzstraße in Dachtmissen und aufheben der zeitlichen Begrenzung der 30er Zone in Sorgensen auf der Hauptstraße
Vorlage: A 2019 1053
12. Gehweg auf der Südseite der Ramlinger Straße - erneute Kontaktaufnahme mit der Region Hannover mit dem Ziel eines Ausbaus - Antrag der SPD-Ortsratsfraktion Ramlingen Ehlershausen
Bezug Vorlagen M 2019 0791, 2017 0389, 2017 0389/1
Vorlage: A 2019 1048

13. Antrag des Bündnis 90/Die Grünen zur Sanierung des Teilstückes Verbindungsweg von Sorgensen zur Sorgenser Mühle
Vorlage: A 2019 1068
14. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 14.1. Anfrage gem. Geschäftsordnung: Brachliegende Grundstücke in Burgdorf
Vorlage: F 2019 1058
15. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Berwing lässt sich entschuldigen.

Der Antrag zur Einführung des BU Kennzeichens (TOP 9) wurde zurückgezogen und ist daher von der Tagesordnung abzusetzen.

Es wird darum gebeten, die Anfrage unter TOP 13.2 zur „Passantenbefragung Marktstraße“ vorzuziehen und im Anschluss von TOP 4 „Bericht zur Passantenbefragung“ zu behandeln. Ebenso soll mit der Anfrage zu TOP 13.3 „LKW-Fahrten in den Ortschaften Sorgensen und Dachtmissen“ verfahren werden. Die nachfolgenden TOPs verschieben sich entsprechend.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den genannten Änderungen einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 16.09.2019

Herr Apel ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

Beschluss:

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom **16.09.2019** wird mit 8 Jastimmen einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

1. Herr Herbst teilt mit, dass die Region Hannover eine Vielzahl von Bäumen an ihren Kreisstraßen im Winter 2019 fällen muss. Ersatzpflanzungen sind mittelfristig vorgesehen. Die Liste wird als **Anlage 1** dem Protokoll beigefügt.

2. Herr Brinkmann berichtet, dass eine Sitzung des Runden Tisches für den Bereich Hannover Ost der Alpha-Variante stattgefunden hat. Die Presse hat darüber heute im Anzeiger ausführlich berichtet und alle relevanten Informationen wiedergegeben.

3.1. Friedhofsentwicklungsplanung Burgdorfer Friedhöfe - Vorstellung der Ergebnisse

Vorlage: M 2019 0982

Frau Krause informiert, dass eine weitere gemeinsame Sitzung der Ortsvorsteher, Ortsräte und diesem Ausschuss für Montag, den 09.12.2019, geplant ist. Zu diesem Termin wird das Büro Planrat für weitere Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Weiterhin soll eine Beschlussvorlage für das Friedhofsentwicklungskonzept vorgelegt werden. Beschlossen werden soll ein grober Rahmen, der für die Zukunft der Friedhöfe gelten soll. Einzelne Maßnahmen, die aus diesem Konzept umgesetzt werden sollen, werden in den Folgejahren über einzelne Beschlussvorlagen vorgestellt. Es wurden aus den bisherigen Sitzungen schon Anregungen aufgenommen, die vorbereitet werden. Auf den Ortsteilfriedhöfen soll es im nächsten Jahr analog zu den Friedhofsführungen auf dem Stadtfriedhof eine Bürgersprechstunde geben. Des Weiteren soll es in Zukunft Rasengräber mit einer kleinen Pflanzfläche geben. Wie die Gestaltung dieser Gräber erfolgen soll, wird gerade erarbeitet. Eine Einladung zu dieser Sitzung wird zu gegebener Zeit verschickt.

Herr K.-H. Meyer teilt mit, dass in den letzten Monaten auf dem Otzer Friedhof schon einige Gestaltungsarbeiten stattgefunden haben. Diese Maßnahmen findet er sehr gelungen.

4. Passantenbefragung - Bericht der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH

Frau Staiger von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH (GMA) stellt die wesentlichen Ergebnisse der Befragung mittels einer Präsentation vor, die als **Anlage 2** dem Protokoll beigefügt wird. Es wurde festgestellt, dass sich bei der Onlinebefragung überwiegend die Kernstadtbewohner beteiligt haben. Mit Hilfe von Grafiken stellt sie die Ergebnisse der einzelnen Fragen vor.

Herr Morich erkundigt sich, ob auch die Passanten im Bereich des Bahnhofes befragt wurden. Er hat schon oft gehört, dass viele Familien lieber in Hannover einkaufen. Die Stadt wird mit dem Zug schnell erreicht und die Wege zu den Geschäften sind kurz. Dies verneint **Frau Staiger**. Es wurden für die Befragung drei Standorte in der Marktstraße abgestimmt. Aber durch die Onlinebefragung hatten auch andere die Möglichkeit an der Befragung teilzunehmen.

Laut **Frau Staiger** werden von den Passanten überwiegend die Parkplätze

beim REWE Markt / Schützenplatz sowie am Bahnhof / Vor dem Hannoverschen Tor genutzt. **Herr Nijenhof** ergänzt, dass diese kostenlos genutzt werden können und daher gerne genutzt werden.

Frau Staiger weist darauf hin, dass weder die Parkplatzmöglichkeiten noch die Innenstadt ausgeschildert sind. Für Ortsfremde sind die vielen Einbahnstraßen in der Innenstadt verwirrend.

Herr Arand möchte wissen, woher die Burgdorfer kommen, die den Schützenplatz zum Parken nutzen. Wenn diese aus der Weststadt kommen, müssen sie zwangsläufig die Marktstraße nutzen. Daher wäre eine Auswertung interessant. **Frau Staiger** antwortet, dass sie die Werte separat nach West- und Südstadt ausweisen wird und über den Endbericht nachreicht.

Es konnte festgestellt werden, dass viele Besucher der Innenstadt über 60 Minuten dort verweilen. Viele geben aber auch an, dass ihnen der Lärm bzw. Autoverkehr nicht gefällt.

Aus dem Ergebnis der Passantenbefragung ist kein eindeutiges Votum für oder gegen eine Fußgängerzone ersichtlich.

Herr Apel findet, dass eine Interpretation der Ergebnisse derzeit noch nicht sinnvoll ist.

Frau Frick ist ebenfalls der Meinung, dass man sich die Ergebnisse in Ruhe angucken muss und erst danach in die Diskussion einsteigen kann. **Herr Plaß** ergänzt, dass die Geschäftsleute bzw. der Stadtmarketingverein einbezogen werden sollten.

Frau Staiger teilt abschließend mit, dass der endgültige Bericht zur Auswertung in etwa drei Wochen der Stadtverwaltung vorliegt.

5. Anfragen gemäß Geschäftsordnung - vorgezogen -

5.1. Anfrage zur Passantenumfrage Marktstraße - Anfrage der CDU-FDP-Gruppe vom 19.09.2019 Vorlage: F 2019 1056

Frau Staiger teilt mit, dass man die Frage hätte auch unterteilen können. Aus der Onlinebefragung wurden aber eindeutige Ergebnisse erzielt, so dass man davon ausgehen kann, dass die Befragten die Frage richtig verstanden haben.

Herr Apel erkundigt sich, ob die genauen Fragestellungen im Vorfeld abgesprochen wurden bzw. ob diese in der Vorabbesprechung vorlagen. **Frau Frick** antwortet, dass die Fragen zur Besprechung vorgelegt wurden und darin keine Fehler gesehen wurden.

5.2. Anfrage der CDU/FDP-Gruppe - LKW-Fahrten durch die Ortschaften Sorgensen und Dachtmissen zur Kalihalde Wathlingen Vorlage: F 2019 1070

Die Ausschussmitglieder bitten Herrn Neitzel als Ortsvorsteher von Dachtmissen zu Wort.

Herr Neitzel merkt an, dass die Vorlage nicht für ihn als Ortsvorsteher ausgezeichnet war und bittet darum, daran in Zukunft zu denken.

Er berichtet, dass die LKW-Fahrten enorm zugenommen haben und die Belastung für die Einwohner in Sorgensen und Dachtmissen sehr hoch ist. Es gab auch bereits Verkehrsunfälle. Dabei kommt es vor, dass die Fahrer in den Seitenraum abkommen und Leitpfosten oder sogar Schilder umfahren. Er selbst hat einmal gezählt und ist dabei auf rund 115 LKW gekommen. Dazu kommt dann noch der Verkehr, der über den Schwüblingser Kreisel nach Hänigsen fährt. Damit dürfte der Prognosewert weit überschritten sein. Er findet es bedenklich, dass es auch als Stadtverwaltung nicht möglich ist, dagegen vorzugehen.

Herr Dralle informiert, dass er an der Info-Veranstaltung in Hänigsen teilgenommen hat. Dort wurden verschiedene Vorschläge für eine geänderte Route vorgestellt. Der Verkehr wird bisher lediglich vom Bau der Recycling-Anlage ausgelöst. Für die eigentliche Abdeckung der Halde ist mit noch mehr Fahrzeugen zu rechnen.

Frau Frick stellt fest, dass es sich zwar um eine Ortsdurchfahrt handelt, die grundsätzlich für mehr Verkehr ausgelegt ist. Aber das Tempo innerhalb der Ortschaften wird oftmals überschritten. Dem kann man in Dachtmissen vielleicht mit „kreativem“ Parken entgegenwirken, was in Sorgensen nicht machbar ist. Sie hofft, dass damit zumindest die Geschwindigkeit gedrosselt wird und der Verkehrsweg für die LKW-Fahrer unattraktiv wird.

Herr Herbst berichtet, dass auch die Stadtverwaltung von dem Beginn der Bauarbeiten für die Anlage negativ überrascht wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Stadt nicht dagegen vorgehen. Mit der Polizei haben Gespräche stattgefunden und diese hat ihre Unterstützung zugesagt. Es soll ein zweites Geschwindigkeitsanzeigergerät (Smiley) beschafft werden und kurzfristig in Sorgensen und Dachtmissen eingesetzt werden. Ebenso soll eine Verkehrsdatenerfassung mittels Seitenradar erfolgen. Das sind aktuell leider nur kleine Maßnahmen. Die Planfeststellung muss abgewartet werden und dann ist zu prüfen, wie dagegen vorgegangen werden kann.

Herr Nijenhof bestätigt, dass rechtlich derzeit keine Handhabe besteht. Aber die Anlieger sollten trotzdem protestieren. Er findet, dass auch die Ratsmitglieder ihre Meinung dazu äußern sollten.

Herr K.-H. Meyer fragt nach, wann mit dem Planfeststellungsbeschluss zu rechnen ist. **Herr Brinkmann** antwortet, dass dieser für Januar 2020 geplant ist. Weiterhin erläutert er, dass die seitens der Stadt geäußerten Befürchtungen eingetreten sind. Er rät jedoch dazu, den Planfeststellungsbeschluss abzuwarten und zu gucken, wie die Belange gewertet werden. Bisher hat die Stadt Burgdorf davon abgesehen, alternative Routen vorzuschlagen, was man aber ggf. doch tun sollte. Das sollte im Rahmen der Prüfung des Planfeststellungsbeschlusses erfolgen.

Herr Lentz erkundigt sich, seit wann der Verkehr gestiegen ist. **Herr Neitzel** antwortet, dass sich die LKW-Fahrten seit dem 09. September erhöht haben. Er bemängelt zudem, dass kein LKW abgedeckt ist. Auch in Hänigsen herrscht großer Unmut wegen des LKW-Verkehrs.

Herr Plaß schlägt eine gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss in Uetze vor, damit eine gemeinsame Vorgehensweise abgestimmt werden kann. Diesen Vorschlag finden die Ausschussmitglieder gut. **Herr Herbst** antwortet, dass mit der Gemeinde Uetze Kontakt aufgenommen wird.

Herr Nijenhof entschuldigt sich und verlässt die Sitzung. Herr Braun übernimmt für ihn ab dem nächsten Tagesordnungspunkt.

6. Ein- und Auspendler in Burgdorf - Bericht der Fachabteilung

Herr Brinkmann schlägt vor, seinen Bericht in eine der nächsten Sitzungen zu verschieben. Der Vorschlag wird von den Mitgliedern einstimmig angenommen.

7. S-Bahnlinie 6: Prüfauftrag zur Einrichtung eines zusätzlichen Fahrtenpaares Antrag gemäß Geschäftsordnung der Ortsbürgermeisterinnen Otze und Ramlingen-Ehlershausen vom 03.09.2019 Vorlage: A 2019 1047

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr stimmen **einstimmig** für folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf wird beauftragt, den Antrag zur Prüfung zur Einrichtung eines zusätzlichen Fahrtenpaares bei der Aufgabenträgerin des ÖPNV, der Region Hannover, einzureichen.

8. Antrag der "Freie Demokraten" Ortsverband FDP Burgdorf-Uetze zur Beauftragung einer Firma für die Erstellung eines Straßenkataster für Burgdorf einschließlich Ortsteile Vorlage: A 2019 1015

Die Sitzung wurde von 18:50 Uhr bis 18:55 Uhr unterbrochen.

Herr Plaß erläutert, dass mit einem Straßenkataster aufgezeigt werden kann, wann welche Straßen ausgebaut werden müssen.

Herr Dr. Kaefer möchte wissen, welche Daten der Stadtverwaltung bereits vorliegen, auf die man aufbauen könnte.

Herr Herbst antwortet, dass es eine Prioritätenliste gibt, die die Straßen enthält, die in den nächsten Jahren ausgebaut werden müssen. Diese Liste wird regelmäßig aktualisiert und in die Gremien gegeben sowie auf der Internetseite der Stadt eingestellt. Die Priorisierung basiert auf den vorliegenden Kanaldaten aus dem Kanalkataster. Eine erforderliche Kanalerneuerung zieht meistens auch eine Straßenerneuerung nach sich. Eine Straßenzustandserfassung könnte man ebenfalls vornehmen, jedoch ist der Zustand des Kanals besonders zu beachten. Hier steht die Stadt in der Pflicht des Grundwasserschutzes und kann erforderliche Arbeiten am Kanal nicht ver-

schieben.

Herr Apel erkundigt sich nach den Kosten für ein Straßenkataster und fragt nach, ob man auf die vorhandenen Daten der Stadt aufbauen kann. Dies verneint **Herr Herbst**. Zwar existiert ein Kanalkataster, aber ein geeignetes Straßenkataster gibt es nicht. Ein solches wäre komplett neu zu erstellen.

Frau Frick erkundigt sich, welchen konkreten Nutzen der Bürger von einem solchen Kataster hat. **Herr Herbst** antwortet, dass der Bürger jetzt schon über die Prioritätenliste einsehen kann, ob die Straße, in der er wohnt, in den nächsten Jahren ausgebaut werden soll. Dort ist auch ersichtlich, ob die Ausbaumaßnahme nur den Kanal betrifft, oder die gesamte Straße. Ein Straßenkataster ist für die Kollegen der Tiefbauabteilung eine Entlastung, da sie nicht ständig rausfahren müssen, um sich ein Bild von einer bestimmten Straße zu machen. Die Stadt Sehnde hat ein solches Kataster. Man muss im Vorfeld abstimmen, welche Angaben in dem Kataster erfasst werden sollen. Dementsprechend muss eine Erstbefahrung stattfinden und regelmäßig nach ca. 3-4 Jahren eine Überprüfung. Ob der Bürger aus einem Straßenkataster bessere Informationen ziehen kann als aus der Prioritätenliste, ist fraglich.

Herr Apel fragt sich, ob man den Antrag umwandeln sollte. Wenn man in Abstimmung mit der Stadt Sehnde eine Kosten-Nutzen-Analyse aufstellt, bekommt man vielleicht eine bessere Einschätzung. **Herr Herbst** antwortet, dass Kosten in Höhe von ca. 150.000 € für die Aufstellung eines Straßenkatasters entstehen. Nach ca. 3-4 Jahren muss eine Überprüfung stattfinden, die regelmäßig Kosten in Höhe von ca. 10.000 € verursacht.

Herr Morich verweist auf den Ausbau der Sudetenstraße. Hier hat die Bürgerinformation auch ohne ein Straßenkataster gut funktioniert. Ein Straßenkataster verursacht zusätzliche Kosten.

Herr Arand stellt fest, dass ein Straßenkataster regelmäßig aktualisiert werden muss, was Kosten verursacht, die bisher nicht angefallen sind. Die Bürgerinformation hat bisher im Rahmen der Prioritätenliste funktioniert. Vielleicht kann eine Bürgerinformation erfolgen, wenn eine Kanalerneuerung in der Priorität oben steht. **Herr Herbst** antwortet, dass derzeit viele Maßnahmen verschoben wurden, da derzeit über die Zukunft der Straßenausbaubeiträge diskutiert wird. Wenn darüber entschieden wurde, kann man besser über den Nutzen eines Straßenkatasters beraten.

Man kann viele Jahre im Voraus sagen, wann eine Straße oder ein Kanal erneuert werden muss. Allerdings kann man eine Information über die Kosten erst mit der Entwurfsplanung herausgeben. Im Vorfeld wäre eine Kosteninformation zu ungenau und daher nicht sinnvoll.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass der Antrag zurückgestellt werden soll. Die Erstellung eines Straßenkatasters steht im Zusammenhang mit der Zukunft der Straßenausbaubeiträge. Daher ist eine Entscheidung über diese zunächst voranzutreiben.

**9. Umstellung der Energieversorgung der Geschwindigkeitsanzeigesysteme in Schillerslage auf Solarenergie, Anfrage des Ortsrates Schillerslage vom 18.08.2019
Vorlage: A 2019 1016**

Herr Plaß erläutert den Antrag. Die Geschwindigkeitsanzeige wurde durch

Spenden angeschafft und der Stadt Burgdorf übergeben. Bisher wechselt eine Familie aus Schillerslage die Batterien der Anlage etwa alle 4 Wochen aus. Dies wurde im Rahmen der Beschaffung so mit der Stadt vereinbart. Da dies sehr aufwendig ist, wurde der Antrag auf Umrüstung vom Ortsrat Schillerslage gestellt.

Herr Herbst antwortet, dass bisher keine Kosten für die Betreibung der Anlage für die Stadt entstehen. Die Umrüstung auf Solarenergie verursacht Kosten in Höhe von 3.500 bis 4.000 € und müssten über den Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Herr Plaß teilt mit, dass es sich dabei um einmalige Kosten für die Umrüstung handelt und bittet um die Unterstützung des Antrages.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr stimmen **einstimmig** für folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf wird beauftragt, die vorhandene Geschwindigkeitsanzeige in Schillerslage auf Solarenergie umzurüsten. Haushaltsmittel sollen dafür zur Verfügung gestellt werden.

**10. Einführung des BU Kennzeichens
Antrag gemäß Geschäftsordnung der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 04.09.2019 - Antrag zurückgezogen -
Vorlage: A 2019 1050**

Der Antrag wurde zurückgezogen und ist daher von der Tagesordnung abzusetzen.

**11. Antrag der CDU/FDP Gruppe auf Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Salzstraße in Dachtmissen und aufheben der zeitlichen Begrenzung der 30er Zone in Sorgensen auf der Hauptstraße
Vorlage: A 2019 1053**

Die Ausschussmitglieder bitten Herrn Neitzel als Ortsvorsteher zu Wort.

Herr Neitzel befürwortet den Antrag als Ortsvorsteher. In Sorgensen sollte die zeitliche Beschränkung zum 30 km/h Schild aufgehoben und in Dachtmissen vor dem Seniorenheim ein 30 km/h Bereich eingerichtet werden.

Herr Plaß befürwortet den Antrag ebenfalls. Gerade in Bezug auf den Verkehr zur Kalihalde muss man versuchen, diesen mit zusätzlichen Einschränkungen abzuschrecken.

Herr Arand erkundigt sich, ob der Einbau von Schwellen hilfreich für die Geschwindigkeitssenkung wäre. Dies verneint **Herr Herbst**. **Herr Neitzel** ergänzt, dass solche Schwellen überhaupt nicht förderlich sind. Mit solchen würde die Lärmbelastung enorm steigen, was überhaupt nicht gewünscht ist.

Herr Herbst teilt mit, dass der Antrag an die Region weitergeleitet werden kann. Er weist jedoch darauf hin, dass die Verkehrsbelastung bei der Entscheidung zur Geschwindigkeitsreduzierung vor Kindergärten und Seniorenheimen

keine Berücksichtigung findet. Entscheidend ist u.a., wo der Zugang zu dem Gebäude liegt.

Ergänzend berichtet er, dass derzeit Untersuchungen vom Land laufen, wie man die Lärmbelästigung minimieren kann, z. B. durch Geschwindigkeitsreduzierung. Die Stadt hat allerdings keinen Einfluss auf die Untersuchungen und kann diese somit nicht beschleunigen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr stimmen **einstimmig** für folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag bei der Region Hannover auf Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Salzstraße in Dachtmissen und Aufheben der zeitlichen Begrenzung der 30 km/h Strecke in Sorgensen auf der Hauptstraße vor dem Kindergarten zu stellen.

- 12. Gehweg auf der Südseite der Ramlinger Straße - erneute Kontaktaufnahme mit der Region Hannover mit dem Ziel eines Ausbaus - Antrag der SPD-Ortsratsfraktion Ramlingen Ehlershausen
Bezug Vorlagen M 2019 0791, 2017 0389, 2017 0389/1
Vorlage: A 2019 1048**
-

Herr Apel erläutert den Antrag und teilt mit, dass der Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen den Antrag einstimmig befürwortet hat. Nachträglich wurde er darum gebeten, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass nicht nur der Gehweg auf der Südseite ausgebaut wird, sondern auch ein Radweg.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr stimmen **einstimmig** für folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Region als Baulastträger der K117 zu bitten, die Planungen bezüglich eines Ausbaus des Gehweges auf der Südseite der Ramlinger Straße wiederaufzunehmen. Der Ausbau soll bis in Höhe des ehemaligen Penny-Marktes erfolgen. Die Ergänzung um einen Radweg soll ebenfalls in die Prüfung aufgenommen werden.

- 13. Antrag des Bündnis 90/Die Grünen zur Sanierung des Teilstückes Verbindungsweg von Sorgensen zur Sorgenser Mühle
Vorlage: A 2019 1068**
-

Herr Herbst berichtet, dass dieser Bereich bereits in das Programm zur Deckensanierung 2020 aufgenommen wurde. Die größeren Löcher wurden bereits verfüllt.

Der Antrag hat sich daher erledigt und wird dementsprechend zurückgezogen.

- 14. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**
-

14.1. Anfrage gem. Geschäftsordnung: Brachliegende Grundstücke in Burgdorf
Vorlage: F 2019 1058

Herr Arand ist überrascht, dass es so viele freie Grundstücke gibt. Er erkundigt sich, wie viele Grundstücke im geplanten Baugebiet in Ehlershausen entstehen sollen. Immerhin werden der Kategorie 0 und 1 in Ehlershausen 54 Flurstücke zugeordnet.

Nachrichtlich über Protokoll:

Es sollen 39 Grundstücke für Einfamilien- und Doppelhäuser im Baugebiet Ehlershäuser Weg entstehen. Darüber hinaus werden Flächen für Mehrfamilienhäuser vorgesehen (ca. 6.000 m²). Eine Grundstücksaufteilung liegt noch nicht vor.

Herr Arand würde interessieren, wie es in den anderen Ortsteilen aussieht. **Herr Scholz** teilt mit, dass der Aufwand für ein solches Baulückenkataster enorm ist und nicht einfach zu leisten ist. Man muss genau prüfen, wo tatsächlich Bauland ist. Und im Vergleich zum Aufwand ist das Interesse bei den Eigentümern gering. **Herr Arand** verzichtet auf weitere Angaben aus den Ortsteilen. Jedoch möchte er wissen, wie viele Eigentümer der Baulücken außerhalb von Burgdorf wohnen.

Nachrichtlich über Protokoll:

Die Ermittlung der Zahl nimmt etwas Zeit in Anspruch. Daher wird die Anfrage zu gegebener Zeit beantwortet.

Herr Arand schlägt weiterhin vor, dass auch die Eigentümer der Kategorie 2 und 3 entsprechend angeschrieben werden und von der Stadt über mögliche Baurechte informiert werden.

Herr Scholz wirbt dafür, Siedlungs- und Flächenentwicklung über die Stadt abzuwickeln. Damit ist sichergestellt, dass die Flächen der Vermarktung zugeführt werden. Private Flächen werden oftmals zurückgestellt und stehen Bauwilligen damit nicht zur Verfügung. Zudem werden von Privat oft deutlich überhöhte Kaufpreise gefordert.

15. Anregungen an die Verwaltung

Es werden keine Anregungen an die Verwaltung herangetragen.

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin